



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 13.10.2005

LESERBRIEFE

OP 13. Okt. 2005

Bürgerinitiative leistet wichtige Aufklärungsarbeit

Zur Berichterstattung über den Bordellbetrieb:

In der OP vom 26. September wird der SPD-Fraktionsvorsitzende Uli Severin zitiert, der in der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September zur Problematik des in Wehrda geplanten großen Bordellbetriebes feststellte: „Wir können gesellschaftlichen Realitäten nicht ausweichen. Es ist wichtig, sich um die Situation der Betroffenen zu kümmern.“

Gesellschaftliche Realität ist, dass nach Mitteilung des Euro-parates 500 000 Frauen in Europa jährlich auf Sklavenmärkten verkauft werden und dass 200 000 junge Frauen jährlich

in Westeuropa Opfer von Menschenhändlern werden, dass es allein in Deutschland nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes mindestens 140 000 Zwangsprostituierte gibt, dass die Betroffenen aus den armen Ländern der Welt kommen, dass in Frankfurt 95 Prozent der Prostituierten Ausländerinnen sind, dass für die Fußball-WM mit Tausenden von neu eingeschleusten Prostituierten gerechnet wird, die weit über Frankfurt hinaus verteilt werden sollen, dass die Sexbranche boomt, dass das Angebot die Nachfrage erhöht.

Sind Herrn Severin diese Zusammenhänge bekannt, wenn er im Hinblick auf das geplan-

te Bordell mit Laufhaus beschwichtigend feststellt: „Die Stadt kann sich die Gewerbetreibenden nicht aussuchen.“? Doch! Das kann sie sehr wohl. Sie kann den zukünftigen Betreibern mitteilen, dass die Stadt im Hinblick auf den nicht zu gewährleistenden Jugendschutz (siehe die nahe gelegenen Disco Fun Park) eine Änderung des Sperrbezirks für die Siemensstraße beantragen wird. Wie der Frankfurter Rundschau zu entnehmen war, haben die Grünen bereits im Juli eine dementsprechende Anfrage an den Regierungspräsidenten gestellt; dieser wartet allerdings auf einen dafür notwendigen Beschluss

des gesamten Stadtparlaments, eine Änderung des Sperrgebiets zu beantragen.

Der Bürgerinitiative ist es zu verdanken, dass über das geplante Bordell überhaupt öffentlich diskutiert wird. Sie hat den Baustopp für das Gebäude, Siemensstraße 10 beantragt, wo acht Wochen lang ohne Baugenehmigung mit Wissen der Stadt gebaut wurde. Sie hat bis jetzt weit über 2 000 Unterschriften gesammelt und dabei wichtige Aufklärungsarbeit geleistet. Nun wollen wir Bürgerinnen und Bürger von den politisch Verantwortlichen endlich Taten sehen!

Weißes, von allen Ungesetzlichkeiten freies Großbordell?

Zum Bericht „Betreiber weist Kritik von Bordell- gegnern zurück“:

Vielen Dank für den Bericht über den Geschäftsmann, der das geplante Großbordell betreiben will. Schade, dass sie nicht wie sonst auch seinen Namen genannt haben.

Beruhigen muss uns, dass dieser Geschäftsmann schon seit 20 Jahren im Geschäft ist. Einen Teil seiner Berufserfahrung hat er in dem ehemaligen Bordell in der Marbach gesammelt, in dem ihrem Bericht nach auch Frauen ohne Aufenthaltsgenehmigung beschäftigt

waren.

Solche „Randkriminalität“ will er in dem neuen Geschäft von vornherein unterbinden. Er wird das Gelände durch Videokameras überwachen und von Wachpersonal sichern lassen.

Prima! Dass er diese Sicherheitsmaßnahmen installieren wird, will man ihm gerne glauben.

Fragt sich nur, was er tatsächlich sichern will: vielleicht das Gelände vor unliebsamen Besuchern von außen (Kontrolle) und unerwünschten Abgängen von innen (Frauen und Mädchen). Es ist unbestrit-

ten und vom Bundeskriminalamt bestätigt, dass mehr als drei Viertel aller Prostituierten Ausländerinnen sind, die aus Armut und Verzweiflung oder gar durch Entführung und Gewalt in dieses Gewerbe gelangen, also häufig nicht freiwillig dort sind, wo sie sind. In Köln wurden unlängst in einem solchen Großbordell unter den illegalen sogar Minderjährige angetroffen.

Viel Geld, mehr als aus Drogenhandel, soll aus solchen Geschäften gewonnen werden können, fragt sich nur, für wen. Und da glaubt die Stadt Marburg, sie bekomme ein weißes,

von allen Ungesetzlichkeiten freies, sauberes Großbordell hingestellt?

Der eine oder andere Lokalpolitiker hofft sogar, damit den Ruf Marburgs als Kongressstadt um ein Vielfaches erhöhen zu können?

Ist das Naivität – oder gibt es andere Gründe, aus denen heraus man diesem Geschäftsmann bereitwillig jede Hürde wegräumt?

Vielleicht geht es ja, wie so oft, um Arbeitsplätze? Wie viele? Für wen? Liebe Zeitung, klar' uns auf!